Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 62 (1968)

Heft: 3

Artikel: Das Verhältnis von Kirche und Staat in Ungarn

Autor: Káldy, Zoltán

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141423

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 28.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Und wenn der Teufel uns unsere Sünden vorhält, mit denen wir Gott ins Gesicht schlagen? Wenn unser Gewissen uns anklagt? Wenn unsere Vergangenheit wie der Tod hinter uns her läuft? Dann vor allem, liebe Gemeinde, dann mischt Gott seine Liebe ein. Es mag alles gegen uns sprechen, Gottes Liebe spricht für uns. Und mit ihr werden wir einen herrlichen Sieg erringen.

Diese Liebe Gottes ist zu haben. Jesus Christus teilt sie aus. In ihm wird Gottes Liebe greifbar. Jeder kann da, jeder darf da und jeder soll da zugreifen und nehmen. Da hat Gott es uns wirklich nicht schwer gemacht! Wenn es um Gottes Liebe geht, liebe Brüder und Schwestern, muss man wie die Gauner handeln: einfach zugreifen und mitnehmen. Gottes Liebe will Funken in die Welt schlagen, Funken die keinen verbrennen, sondern unser Leben erleuchten. Funken, die vorwärtsleuchten. Liebesfunken sind immer Hoffnungsfunken. Und die Funken der Liebe Gottes – das sind die Hoffnungsfunken der Welt. Wer ihnen folgt, braucht gewiss Mut. Doch wer in Sachen der Liebe Gottes mutig ist, der hat von Zeit zu Zeit auch guten Grund zum Übermut. Amen.

Das Verhältnis von Kirche und Staat in Ungarn

Der ungarische kirchliche Pressedienst schickt uns nachstehenden Vortrag, den wir (etwas gekürzt) unseren Lesern unterbreiten möchten, gibt er doch eine klare Übersicht über die Stellung und die Organisation einer christlichen Kirche in einem kommunistischen Lande. Was uns betrifft, haben wir nach dieser Lektüre nicht den Eindruck, dass das kirchliche und religiöse Leben hinter dem «Eisernen Vorhang» unterdrückt werde. Red.

Vortrag an der Jubiläumstagung des Finnischen Pfarrvereins

Allgemeine theologische Gesichtspunkte

Vom Verhältnis zwischen Kirche und Staat in Ungarn kann ich nur dann konkret reden, wenn ich vorher einige grundsätzliche, bzw. theologische Fragen bereinigt habe. Ich möchte jene theologischen Gesichtspunkte klar herausstellen, durch die das Verhältnis der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Ungarn zum Staat bestimmt wird. Unsere Kirche steht in ihrem Verhältnis zum Staat auf jenem festen Fundament, dessen Steine durch die Heilige Schrift und die lutherischen Bekenntnisschriften unter unsere Füsse gelegt wurden.

Wir bekennen gemeinsam mit Luther, dass die Kirche vor allem für das Wort da ist. Er lehrte, dass das Wort nicht darum da ist, dass die Kirche zu Wort kommen könne, sondern dass die Kirche darum da ist, dass das Wort ertönen kann. Es ist unsere Überzeugung, dass das Wort der Kirche das Wort Christi sein muss. Die Kirche kann das Wort von Christus mit keinerlei «Ersatzevangelien», oder mit einer Philosophie, oder mit einer Ideologie

vermengen. Sie muss aber danach trachten, die ewige Botschaft des Evangeliums mit jenen Problemen zu konfrontieren, die in den Gegenwartsmenschen leben und denen diese begegnen.

Wir sind aber auch davon überzeugt, dass die Verkündigung des Gotteswortes in dieser Welt nicht die einzige Aufgabe der Kirche darstellt. Wenn es wahr ist, dass «das Wort der Kirche das Wort Christi sein muss», dann ist es auch wahr, dass «die Hände der Kirche die Hände Christi sein müssen». Die Kirche hat nicht nur mit Worten, sondern auch in Taten ein Zeugnis für ihren Herrn abzulegen. Der durch das Evangelium erweckte Glaube muss sowohl für das Leben der Familie, als auch der Gesellschaft gute Früchte tragen.

Von der Bestimmung der Staatsmacht lehren wir mit dem Apostel Paulus: «sie ist Gottes Dienerin dir zu gut.» Die Aufgabe des Staates ist das Sichern der inneren Ordnung und des äusseren Friedens. Zur Rechtsordnung gehört auch das Sichern der Gewissens- und Religionsfreiheit.

Es stellt sich die Frage, was für eine christliche ethische Haltung folgt daraus, was das Wort Gottes über den Ursprung und die Bestimmung der Staatsmacht sagt. Die Heilige Schrift lehrt uns, dass der Christ im Gehorsam gegenüber dem Willen Gottes auf den Befehl seines Gewissens eine staatsbürgerliche Pflicht zu erfüllen hat. Jesus hat zwischen der staatsbürgerlichen Pflichterfüllung und dem Gehorsam gegenüber Gott keinen Gegensatz aufgestellt, sondern er hat die beiden miteinander verbunden und die erste in den Gehorsam gegenüber Gott aufgenommen.

Wir wissen auch, dass diese zwei Arten des Gehorsams in gewissen Fällen und Lagen auch in einen Gegensatz zueinander geraten können. Dies kann einerseits geschehen, wenn die Obrigkeit wünschen sollte, dass der gläubige Mensch seinen Glauben an Gott verleugne, andererseits wenn die Obrigkeit eine solche sündige Tat fordern würde, die dem Gesetz der Nächstenliebe widerspricht. In diesem Fall tritt die Situation ein, in der «man Gott mehr gehorchen muss, denn den Menschen».

Fragen im Verhältnis von Kirche und Staat

Es ist allgemein bekannt, dass das ungarische Volk und mit ihm die Ungarische Lutherische Kirche nach dem Zweiten Weltkrieg unter vollständig neue Umstände gekommen ist. Zwischen den beiden Weltkriegen pflegten wir von einem «Christlichen Ungarn» zu reden, wo das Volk und die Kirche in einem statistischen Sinne annähernd identisch miteinander waren. Der Glaube und die moralische Auffassung der Kirche waren im grossen und ganzen auch der Glaube und die moralische Auffassung des Volkes. Zu dieser Zeit hatte die Kirche im Leben der Gesellschaft und des Staates ein bedeutendes Gewicht.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Staatsordnung und die Gesellschaft aufgrund der marxistisch-leninistischen Ideologie aufgebaut. Es ist allgemein bekannt, dass die marxistisch-leninistische Ideologie eine materialistische und zugleich atheistische Weltanschauung vertritt. Gerade daraus ergab sich die Frage, wie in einer solchen Staatsordnung und Gesellschaft

die lutherische Kirche ihren Platz einnehmen soll und wie sie sich zu dieser Staatsordnung zu verhalten und ihren Dienst in dieser Staatsordnung zu leisten hat. Man konnte diese Frage theoretisch auf mehrere Weisen beantworten und dadurch ergaben sich auch für unsere Kirche mehrere Wege. Der eine Weg hätte der Weg der unmissverständlichen Opposition sein können. Sein Ausgangspunkt wäre jene Auffassung gewesen, dass die Kirche Jesu Christi überhaupt keine Beziehung zu einer atheistischen Staatsordnung eingehen kann, ja, dass sie sogar nicht nur keine Beziehungen zu einer solchen ausbauen darf, sondern offen gegen sie zu kämpfen hat. Das hätte bedeutet, dass die lutherische Kirche der neuen wirtschaftlich-politischen und gesellschaftlichen Ordnung und deren Aufbau, wo sie dazu nur eine Gelegenheit erblickt hätte, Hindernisse in den Weg gelegt und deren ideologische Grundlage scharf angegriffen hätte. In diesem Fall wäre die Kirche eigentlich zu einer politischen Partei geworden, die sich zum Stürzen der neuen Staatsordnung organisiert hätte.

Der zweite Weg hätte darin bestehen können, dass sich die lutherische Kirche «aus der Gesellschaft zurückzieht», bzw. ins «Ghetto» begibt und sich von der im Aufbau begriffenen neuen Gesellschaft isoliert. Sie hätte mit diesem «Exodus» ihren Protest gegen die neue Ordnung und deren Grundlagen zum Ausdruck gebracht. Dieser Rückzug ins Ghetto bildet stets eine grosse Versuchung der Kirche, wenn sie die sich in ihrer Umgebung vollziehenden gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Wandlungen für sich als ungünstig beurteilt. Wenn die Evangelisch-Lutherische Kirche in Ungarn diese Wahl getroffen hätte, hätte sie letzten Endes den leichteren Weg gewählt und zugleich selbst gerade dadurch, dass sie sich aus ihr zurückzog, die Säkularisation der Gesellschaft gefördert.

Der dritte Weg hätte darin bestehen können, dass die Kirche, um sich selbst zu retten, den Versuch unternommen hätte, sich bis zu einem gewissen Grad der marxistisch-leninistischen Ideologie so anzupassen, dass sie das Evangelium mindestens mit einem gewissen Teil dieser vermengt haben würde und dadurch den Gegensatz zwischen dem Evangelium und der marxistisch-leninistischen Ideologie gemildert hätte. Das hätte auch in jener Form erscheinen können, dass sie den Marxismus-Leninismus mit dem Evangelium untermauert hätte. So etwas geschah zur Zeit des Faschismus in Deutschland, wo nämlich die sogenannten Deutschen Christen die nationalsozialistische Ideologie mit dem Evangelium vermengten.

Der vierte Weg hätte sich darin ergeben können, dass die Kirche den Versuch unternimmt, ihre alten Positionen, die sie zur Zeit des sogenannten christlichen Ungarns inne hatte, zurückzuerobern und die Lenkung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens versucht hätte. Sie hätte es verkünden können, dass nur die Kirche das gesellschaftliche Leben wirklich gut lenken könne. Auf diese Weise wäre die Formel der «herrschenden Kirche» in den Vordergrund getreten.

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Ungarn hat keinen der hier aufgezählten vier Wege gewählt. Es traten zwar in allen vier Richtungen Versuchungen auf, und obwohl die Entscheidung nicht von einem Tag zum

anderen gefällt wurde, kamen doch letzten Endes in Diskussionen und im Meinungsaustausch jene theologischen Gesichtspunkte zur Geltung, die ich in der ersten Hälfte meines Referates dargelegt habe. Aufgrund dieser haben wir die zur offenen Opposition ermutigende Versuchung zurückgewiesen. Es ist uns aus den Worten des Apostels Paulus klar geworden, dass der christliche staatsbürgerliche Gehorsam weder von der Bedingung des Glaubens der Träger der Staatsmacht, noch von ihrer ethischen Haltung, sondern allein von dem abhängt, ob sie sich um die gerechte Ordnung und das Wohl und den Frieden der Gesellschaft bemühen. Da wir es erfahren haben, dass in unserer Staatsordnung jene Bestimmung des Staates, von der wir aufgrund der Heiligen Schrift gesprochen haben, zur Geltung kommt, ist es uns klar geworden, dass die Verweigerung des staatsbürgerlichen Gehorsams und das Opponieren nicht am Platze sind. Parallel dazu nahmen wir die Lage unserer Kirche aus Gottes Hand an. Wir sind daraufgekommen, dass Gott weder die alttestamentliche Gemeinde, noch die Kirche des Neuen Testaments dadurch «verwöhnt» hatte, dass er sie mit Gläubigen umgab. Auch diese Kirchen lebten in einer für sie fremden «weltanschaulichen Umgebung», und sie hielten es trotzdem nicht für ihre Aufgabe zu opponieren. Wir haben die Möglichkeit eines Rückzuges aus der Gesellschaft darum verworfen, weil es uns klar wurde, dass wir dadurch die Sendung der Kirche verleugnen würden. Jesus gab nämlich den Seinen den Auftrag, das Evangelium «aller Kreatur» zu verkündigen, und «Salz und Licht, die Stadt auf dem Berge» in dieser Welt zu sein. Die dritte Möglichkeit, nämlich, dass wir um unsere eigene Haut zu retten, mit einer Vermengung des Evangeliums und der Ideologie dienen, verwarfen wir, weil es uns klar wurde, dass die einzige und alleinige Garantie des Lebens, der Erhaltung und der Zukunft der Kirche das Evangelium ist und die grösste Gefahr des gegenwärtigen und zukünftigen Lebens der Kirche darin besteht, wenn sie nicht auf Jesus baut und nicht auf die neuschöpfende Kraft der Sakramente vertraut. Den vierten Weg aber, die Formel der «herrschenden Kirche» verwarfen wir deswegen, weil wir zur Überzeugung gelangt sind, dass wir den Kampf gegen ein Verwechseln der geistlichen Macht und Sendung der Kirche mit der weltlichen Gewalt, also gegen die Versuchung des Klerikalismus, aufnehmen müssen.

Wir wählten nach dem Verwerfen der Möglichkeiten dieser vier Wege, unter der Leitung des Heiligen Geistes, einen fünften Weg, und zwar den Weg der Diakonie. Wir entdeckten im Evangelium, und zwar viel klarer, wie zuvor, dass für Jesus Christus, unseren Herrn, gerade das Bezeichnendste war, dass er im echten Sinne des Wortes ein «diakonos» war. Jesus sagte von sich: «Ich aber bin unter euch wie ein Diener.» Er war es, der die Füsse der Jünger wusch und zu ihnen sprach: «Ein Beispiel habe ich euch gegeben, dass ihr tut, wie ich euch getan habe.» Er war es, der uns die Geschichte vom barmherzigen Samariter erzählte, der dem am Wegrande liegenden Verwundeten half. Christus, der diakonos diente dieser Welt mit seinem Leben, seinem Reden, seinem Tod und seiner Auferstehung. Er diente und diente immer wieder. Wir haben die Einsicht bekommen, dass

die Evangelisch-Lutherische Kirche in Ungarn in dieser Lage, die sie aus der Hand Gottes angenommen hat, in die Fussstapfen dieses Jesus Christus treten und ihren Dienst so erfüllen muss. Wir haben die Einsicht bekommen, dass die Evangelisch-Lutherische Kirche in Ungarn Jesus Christus so gehorchen muss, dass sie es zulässt, dass durch sie in der neuen ungarischen Welt Jesus Christus mit seinem Evangelium und mit den Taten seiner Liebe selbst diene. Ihre Worte müssen das Wort Christi sein, der sein ewiges Evangelium verkündet, ihre Hände müssen die Hände Christi sein, die das Werk seiner Liebe tun. Niemand möge glauben, dass der Weg der Diakonie irgendeine Art billiger Praktizismus sei, der der Verkündigung des Gesetzes und des Evangeliums Gottes vergisst. Nein, dieser Weg ist ein Weg, auf dem das Wort Gottes und die Taten der Liebe in der Gesellschaft, inmitten unseres ungarischen Volkes, miteinander präsent sind.

Im Verhältnis von Kirche und Staat wurde das Beschreiten des diakonischen Weges dadurch möglich, dass wir zwischen der ideologischen Grundlage und der konkreten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Ordnung unserer Staatsordnung unterscheiden. Wir gehen zwischen der materialistisch-atheistischen Weltanschauung und dem christlichen Glauben keinerlei Kompromiss ein. Wir übernehmen keine Vermengung der beiden – dies wird vom Staat selbst nicht gewünscht –, zu gleicher Zeit aber bemühen wir uns neben dem Dienst der Fürbitte mit der vielseitigen Aktivität der verantwortlichen Liebe, mit gutem Gewissen um die innere gerechte Ordnung des Lebens unseres Volkes, um seinen Frieden, sein körperliches, geistiges und geistliches Wohl. Wir sind zur Aufnahme des Kreuzes Christi auch in dem Sinne bereit, dass wir danach trachten, unser selbstsüchtiges Ich verleugnend, nicht für uns selbst, sondern für die anderen zu leben und ihnen mit dem Evangelium Christi und den Taten der Liebe zu dienen.

Es ist selbstverständlich, dass die Kirche sich dessen bewusst ist, dass sie in einer sich auf der marxistisch-leninistischen ideologischen Grundlage aufbauenden Staatsordnung und Gesellschaft nicht immer problemfrei ist, einerseits weil in einem Staat, der eine revolutionäre Wandlung durchmacht, sich auch für die Kirche immer neue Situationen ergeben und die neue Situation vor dem Angesicht Gottes immer wieder aufs Neue aufgearbeitet werden muss, andererseits aber, weil im Laufe der geschichtlichen Entwicklung auch der Staat selbst sein Verhältnis zur Kirche wiederholt durchzudenken hat. Die sich ergebenden Probleme haben bisher gute Lösungen gefunden und es besteht jede Hoffnung dazu, dass mit gegenseitigem guten Willen auch in der Zukunft gute Lösungen entstehen werden.

Die rechtlichen Fragen des Verhältnisses von Kirche und Staat

Es ist vielen bekannt, dass die Evangelisch-Lutherische Kirche in Ungarn vor 20 Jahren, im Dezember 1948, mit dem ungarischen Staat eine Vereinbarung geschlossen hat. Der allerwichtigste Punkt dieser Vereinbarung deklariert die Trennung von Staat und Kirche. Der Kern dieser Trennung besteht darin, dass die Kirche den Staat nicht zu «klerikalisieren», der Staat aber die Kirche nicht zu «säkularisieren» wünscht.

Hier ist zu bemerken, dass jene Gerüchte, wonach der Staat die Predigten, Bibelstunden, Konfirmations- und Religionsstunden kontrolliert und im allgemeinen, dass er die Verkündigung des Wortes in ihrem Inhalt und in ihrer Quantität begrenzt, der Wahrheit nicht entsprechen. Auch das ist nicht wahr, dass die kirchliche Presse zensuriert wird, ebenso unwahr ist, dass die kirchliche Presse zur Veröffentlichung solcher Publikationen, Artikel gezwungen wird, die von nichtkirchlichen Verfassern geschrieben werden.

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Ungarn hat im Dezember 1967 ihr neues Gesetzbuch geschaffen. Die Gesetzesvorlage wurde von einem durch die Generalversammlung der Kirche eingesetzten Ausschuss ausgearbeitet. Dieser Entwurf wurde sämtlichen Pfarrern zugestellt, die in 16 Senioraten, während fast eines ganzen Jahres, seinen Text sozusagen von Zeile zu Zeile besprochen haben. Viele ihrer Vorschläge wurden vom Redaktionsausschuss in den der Generalsynode unterbreiteten Textentwurf aufgenommen. Die Mitglieder der Generalsynode, etwa 60 Personen, wurden absolut verfassungsgemäss von den Generalversammlungen der 320 Muttergemeinden gewählt. Die Synodalen haben den Gesetzentwurf geraume Zeit vor der Eröffnung der Generalsynode erhalten.

Ein bedeutender Abschnitt des Gesetzes ist dieser Satz: «Die Verwaltung der Angelegenheiten der Kirche baut sich unmittelbar oder mittelbar auf den Willen der Gesamtheit der Kirchenglieder auf.»

Die Pfarrer, Senioren und Bischöfe werden von den Gemeinden gewählt. Die Gemeinden haben das Recht, drei Pfarrer zu einer Predigt, in der sie sich der Gemeinde vorstellen, einzuladen und einen von diesen zu wählen. Wenn sich die Presbyterien zumindest zu dreiviertel nicht in der Person eines Pfarrers einigen können, ernennt der Bischof, um weiteren Diskussionen und Spaltungen in der Gemeinde vorzubeugen, nach einer Beratung mit den Vorstehern der Gemeinde und des Seniorates einen Pfarrer. Die Bischöfe werden von den Gemeindepresbyterien gewählt. Wenn auch der Rat des Kirchendistriktes einen oder mehrere Kandidaten aufstellen kann, sind prinzipiell alle Pfarrer wählbar und die Presbyterien sind nicht verpflichtet, ihre Stimme auf die aufgestellten Kandidaten abzugeben.

D. Zoltán Káldy

Zu den Verhandlungen über den Atomsperrvertrag

Gertrude Baer, die Vertreterin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) bei den Vereinten Nationen, schrieb an die Vizepräsidenten der 18-Nationen-Konferenz für Abrüstung in Genf. Wir bringen nachstehend ihren Brief und zwei Antworten, die ihr zugingen. Red.

In ihrem Rundschreiben an die IFFF-Mitglieder führt Miss Baer aus: «Ich möchte Sie über IFFF internationale Tätigkeit im Zusammenhang mit